



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

15. Mai 2020

Wochenbericht KW 20

forsa | Kantar | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 40 % und 38 %, SPD bei 16 % bzw. 15 % Grüne zwischen 18 % und 14 %, AfD bei 11 % bzw. 10 %
Problemlösungskompetenz:	47 % trauen der Union zu, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen
Regierungszufriedenheit:	70 % bewerten die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Positive Beurteilung der Bundesregierung teils deutlich gesunken und wieder auf dem Niveau vom März 2020
Weltpolitische Lage:	Mehrheit macht sich keine Sorgen um den Weltfrieden Krankheiten werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	40 (+2)	39 (+1)	38 (-1)	38 (-1)
SPD	15 (-2)	16 (-1)	15 (-1)	15 (-1)
FDP	6 (-)	6 (+1)	5 (-)	6 (+1)
DIE LINKE	7 (-1)	8 (-)	8 (+1)	7 (-1)
B'90/Grüne	15 (+1)	14 (-)	18 (-)	18 (-)
AfD	10 (-)	11 (-1)	10 (+1)	10 (+1)
Sonstige	7 (-)	6 (-)	6 (-)	6 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.05.	07.-13.05.	12.-14.05.	12.-13.05.

Die Union liegt bei forsa 25 (+4), bei Kantar 23 (+2), bei FG Wahlen 23 (-) und bei infratest dimap 23 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Union liegt bei forsa bei 40 %. Dies ist der höchste von diesem Institut gemessene Wert seit August 2017.

(Zeitreihen: forsa, Kantar, FG Wahlen, infratest dimap)

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	47 (+2)
SPD	6 (-2)
Grüne	3 (-)
sonstige Parteien	6 (-)
keine Partei	38 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.05.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union mit 41 (+4) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 44 (+2) Prozentpunkten deutlich vor den Grünen.

Sie liegt mit 9 (+2) Prozentpunkten auch vor dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.

(Zeitreihe)

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (17.05.2020)

² im Vergleich zur KW 17

³ Die Vergleichszahlen beziehen sich auf die Ergebnisse der Sonntagsfrage, die vom 04. bis 06.05.2020 erhoben wurde.

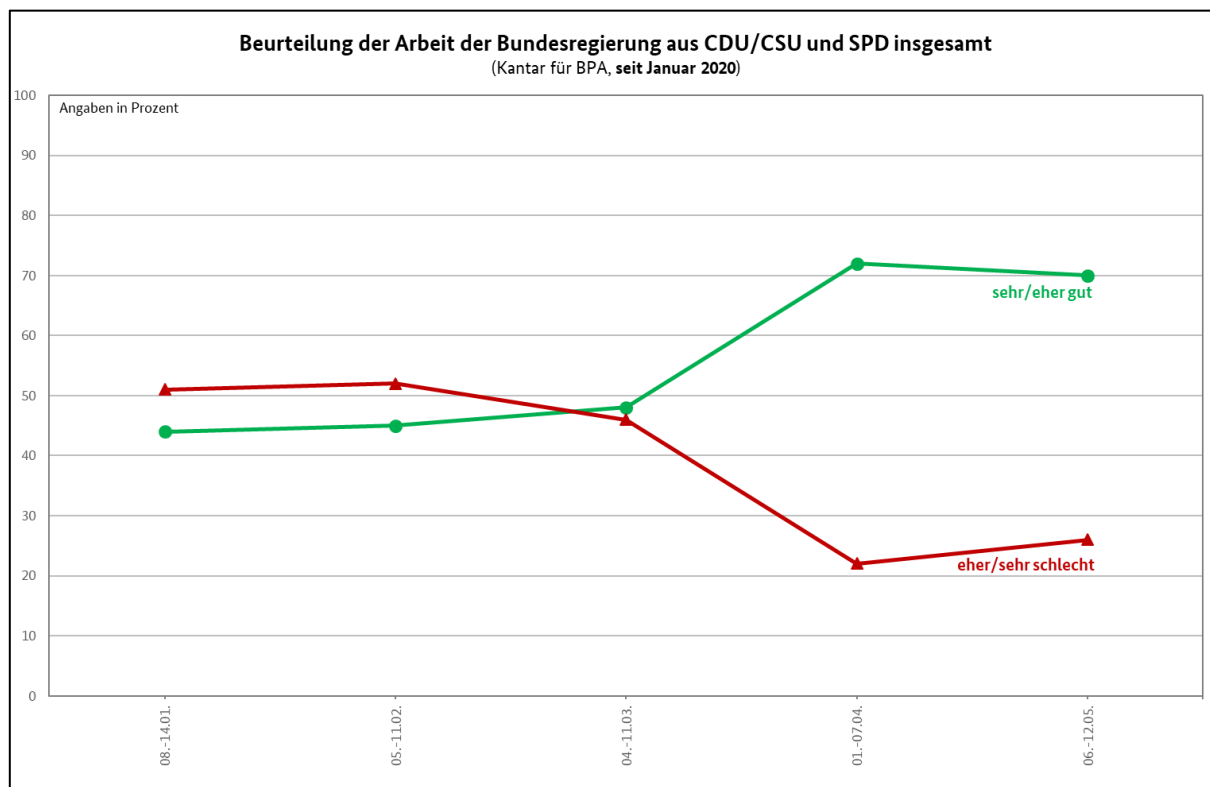
Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im Mai 2020

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 15

	Kantar für BPA	
sehr gut	9	(-)
eher gut	62	(-)
eher schlecht	21	(+3)
sehr schlecht	5	(+1)
Erhebungszeitraum	06.-12.05.	

Personen mit hoher formaler Bildung (76 %) sowie Anhänger der Union (94 %), der SPD (86 %) und der Grünen (79 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich oft als sehr bzw. eher gut. Frauen sind häufiger zufrieden als Männer (74 % zu 67 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 60-Jährige (78 % zu 67 %).

Anhänger der AfD (87 %) beurteilen die Arbeit der Bundesregierung als einzige mehrheitlich als eher bzw. sehr schlecht.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Mai 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im April 2020

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	75 (+4)	24 (-4)	1 (-)	0 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	68 (-2)	29 (+1)	2 (-)	1 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	63 (-2)	33 (-)	3 (+2)	0 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	60 (+1)	35 (-3)	4 (+1)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	58 (-3)	34 (+1)	6 (+1)	2 (+1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	57 (-2)	37 (+1)	6 (+2)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	55 (+4)	39 (-4)	4 (-)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	50 (-2)	42 (+2)	7 (-)	1 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	50 (+2)	40 (-3)	9 (+2)	0 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (-9)	40 (+4)	10 (+5)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	46 (+1)	39 (-2)	11 (-1)	4 (+2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	45 (-1)	46 (-1)	7 (+1)	2 (-)
neue Technologien fördern	39 (-1)	48 (-)	12 (+3)	1 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	36 (+3)	47 (-4)	13 (+2)	4 (+1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36 (-2)	44 (-3)	11 (+1)	7 (+3)
Energiewende zügig vorantreiben	36 (-1)	40 (-6)	17 (+4)	5 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	35 (-1)	46 (-1)	17 (+2)	2 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	33 (+1)	48 (-1)	15 (+1)	3 (-1)
Verbraucherschutz stärken	27 (-)	54 (-4)	15 (+3)	2 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	25 (-1)	56 (-1)	15 (+2)	3 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	25 (+4)	50 (-6)	21 (+3)	3 (-)
Staatsschulden begrenzen	22 (+1)	48 (-3)	23 (-)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	06.-12.05.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe und wird von Anhängern der AfD (86 %) überdurchschnittlich oft als sehr wichtig angesehen. Frauen finden sie häufiger sehr wichtig als Männer (79 % zu 71 %), Personen mit hoher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (78 % zu 67 %) und unter 40-Jährige häufiger als über 40-Jährige (83 % zu 71 %).

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von Frauen häufiger als prioritär angesehen als von Männern (75 % zu 62 %) und von Personen mit einfacher formaler Bildung häufiger als von Personen mit hoher formaler Bildung (73 % zu 64 %).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Mai 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im April 2020

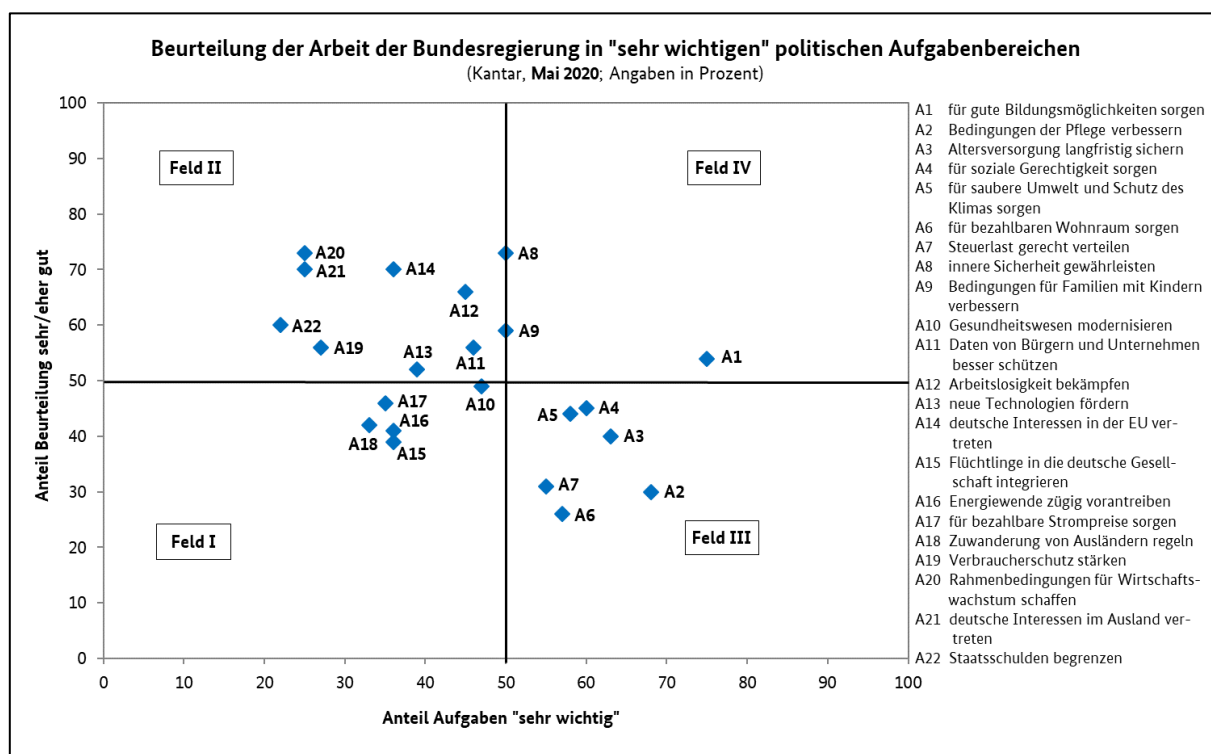
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	73 (-1)	20 (+4)
innere Sicherheit gewährleisten	73 (-3)	24 (+4)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	70 (-3)	23 (+5)
deutsche Interessen in der EU vertreten	70 (-6)	24 (+8)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	66 (-2)	30 (+3)
Staatsschulden begrenzen	60 (-10)	32 (+11)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	59 (-4)	36 (+4)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	56 (-8)	37 (+7)
Verbraucherschutz stärken	56 (-8)	37 (+9)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	54 (-6)	43 (+7)
neue Technologien fördern	52 (-10)	40 (+9)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (-5)	47 (+6)
für bezahlbare Strompreise sorgen	46 (-6)	47 (+6)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	45 (-5)	51 (+6)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	44 (-5)	53 (+6)
Zuwanderung von Ausländern regeln	42 (-6)	54 (+7)
Energiewende zügig vorantreiben	41 (-7)	55 (+7)
Altersversorgung langfristig sichern	40 (-2)	57 (+3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	39 (-3)	58 (+5)
Steuerlast gerecht verteilen	31 (-7)	65 (+8)
Bedingungen der Pflege verbessern	30 (-5)	66 (+5)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	26 (-7)	70 (+6)
Erhebungszeitraum	06.-12.05.	

In 11 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in neun Bereichen mindestens von der Hälfte als eher bzw. sehr schlecht beurteilt.

Im Vergleich zum Vormonat ist in allen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich gesunken und befindet sich nun wieder auf einem ähnlichen Niveau wie vor der Corona-Krise Anfang März 2020.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im Mai 2020

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem in den Aufgabenbereichen „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (A6) und „Bedingungen der Pflege verbessern“ (A2), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A7), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A3), beim Umwelt- und Klimaschutz (A5) sowie im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A4).

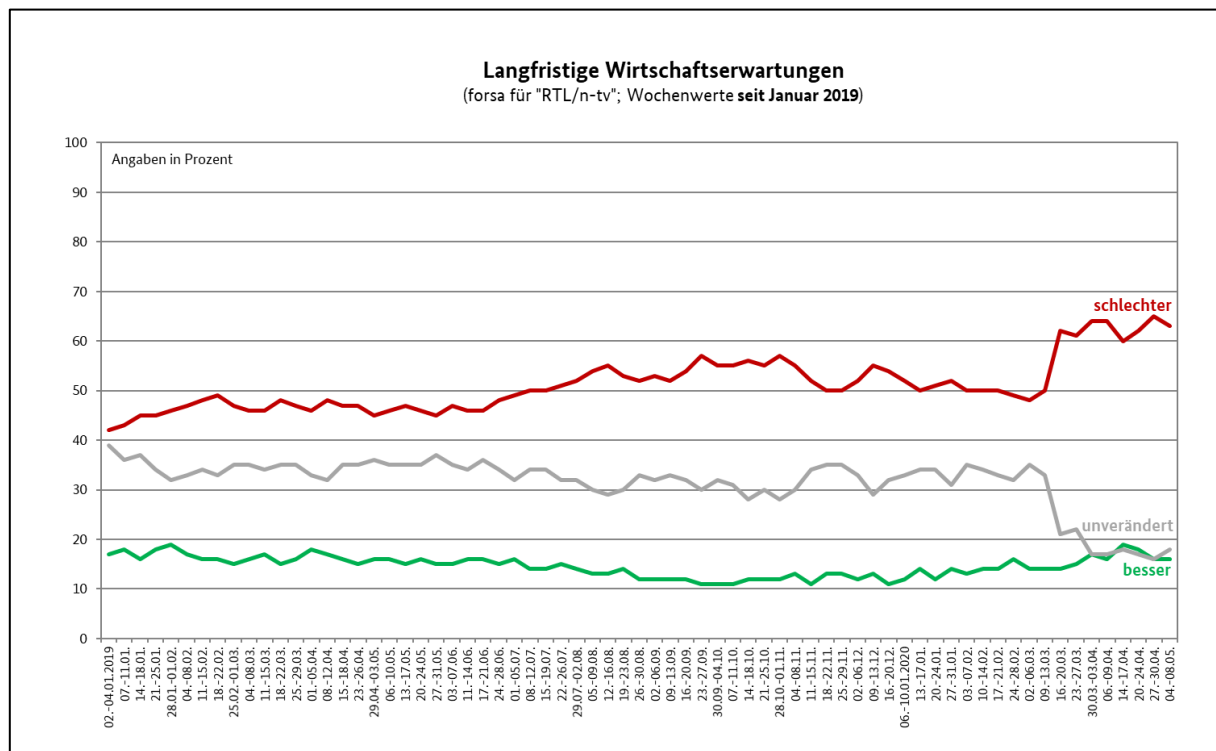
Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die den Bundesbürgern mehrheitlich wichtig sind und bei denen sie auch die Regierungspolitik positiv beurteilen. In diesem Monat ist hier lediglich die „Bildungspolitik“ (A1) vertreten.

Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	16	(-)
schlechter	63	(-2)
unverändert	18	(+2)
Erhebungszeitraum	04.-08.05.	

Gut sechs von zehn Bundesbürgern schätzen die langfristigen Wirtschaftserwartungen in Deutschland pessimistisch ein. Erheblich weniger (16 %) rechnen mit einer Verbesserung der ökonomischen Lage.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

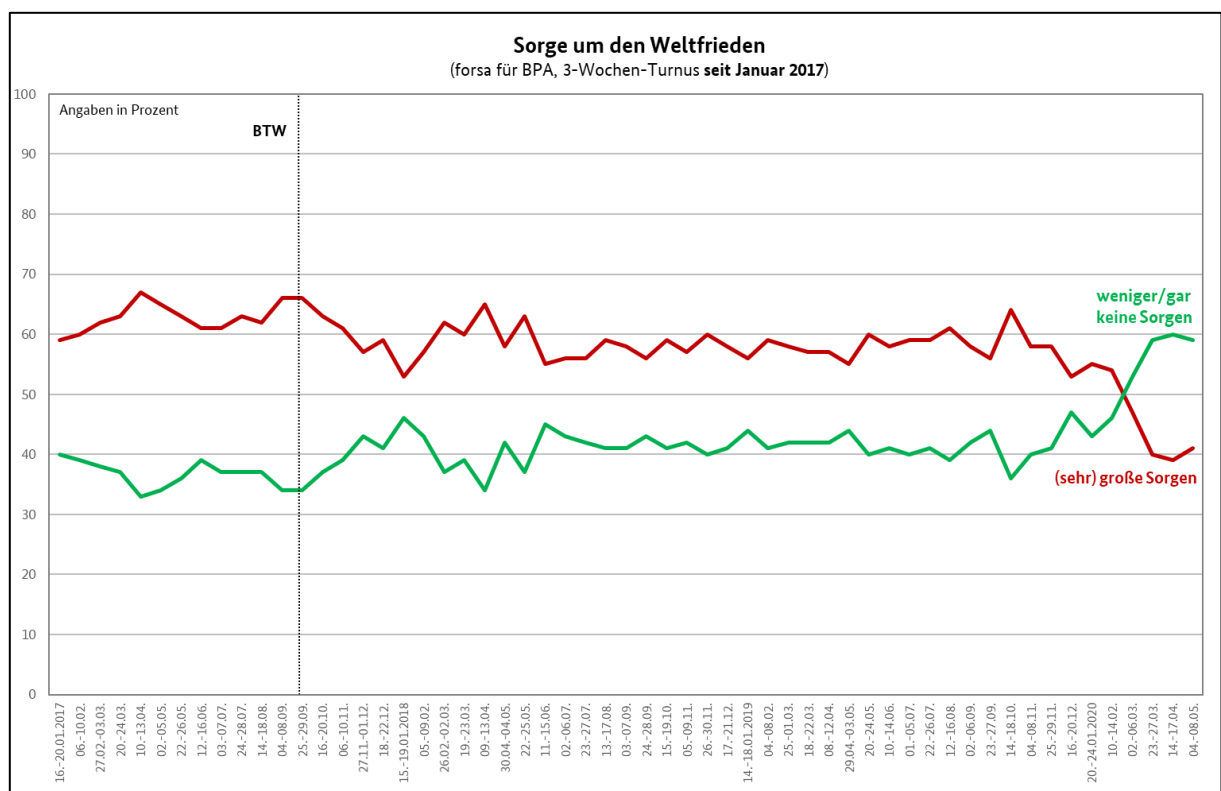
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	forsa für BPA	
sehr große	7	(-)
große	34	(+2)
wenig	45	(-)
keine	14	(-1)
Erhebungszeitraum	04.-08.05.	

Knapp sechs von zehn Bundesbürgern machen sich wenig oder keine Sorgen um den Weltfrieden.

Männer sind seltener besorgt als Frauen (34 % zu 47 %) und unter 45-Jährige seltener als über 45-Jährige (31 % zu 48 %).

Anhänger der Linkspartei (60 %) machen sich hingegen besonders oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden.

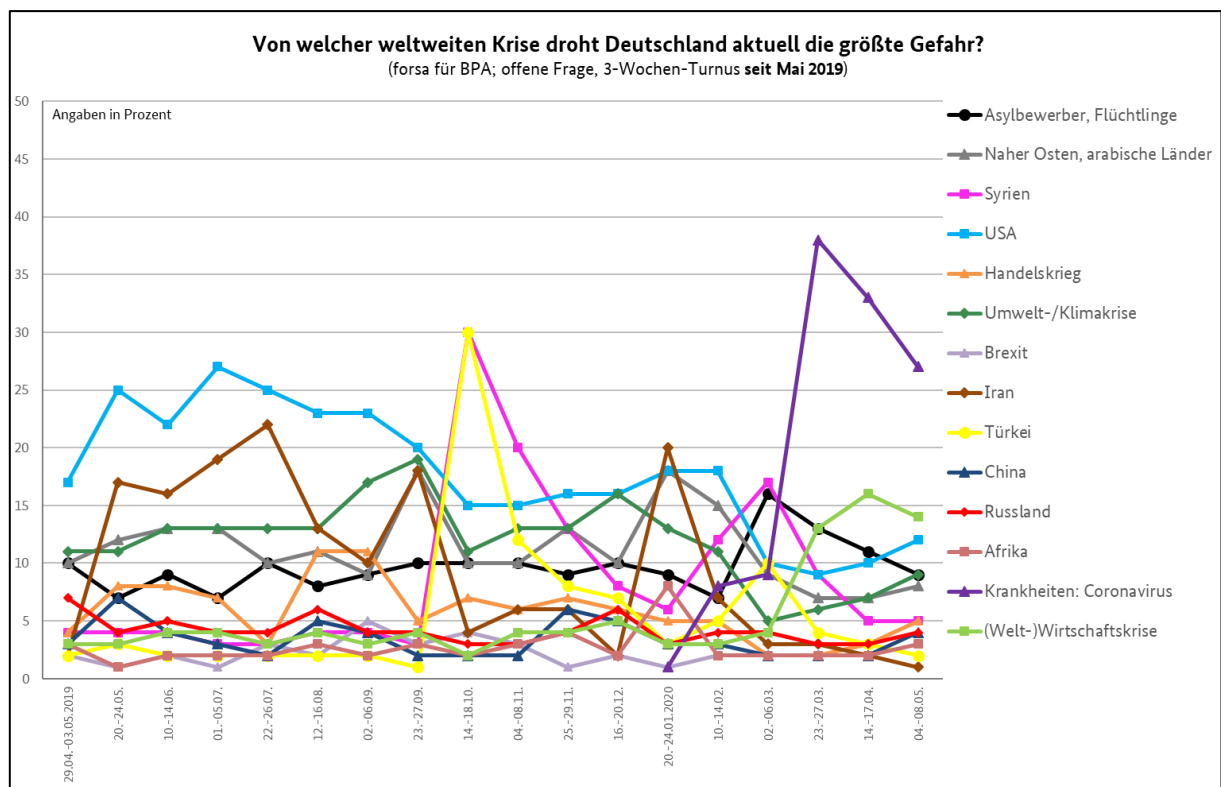


Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	forsa für BPA
Krankheiten: Coronavirus	27 (-6)
(Welt-)Wirtschaftskrise	14 (-2)
USA	12 (+2)
Umwelt-/Klimakrise	9 (+2)
Asylbewerber, Flüchtlinge	9 (-2)
Naher Osten, arabische Länder	8 (+1)
Handelskrieg	5 (+2)
Syrien	5 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.05.

Die Bundesbürger nehmen weiterhin Krankheiten wie das Coronavirus am häufigsten als größte Gefahrenquelle wahr. Der Anteil der Bevölkerung, der Krankheiten als größte Gefahrenquelle nennt, war Ende März auf dem Höchststand und sinkt seither kontinuierlich.



Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

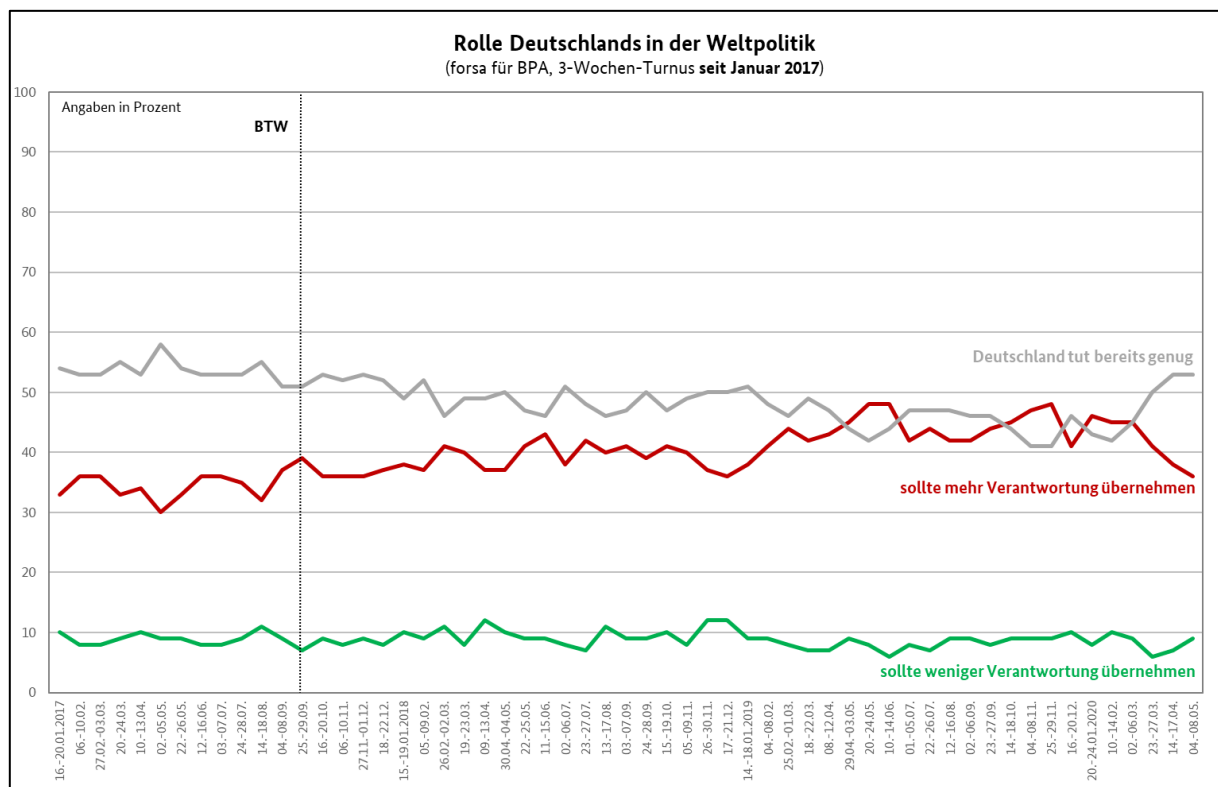
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	36 (-2)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9 (+2)
Deutschland tut bereits genug	53 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.05.

Personen mit hoher formaler Bildung und Gutverdiener (jew. 43 %) sowie Anhänger der Grünen (56 %), der Linkspartei, der FDP (jew. 51 %) und der SPD (48 %) sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (40 %) besonders oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (60 %) und Anhänger der Union (63 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



Rolle Deutschlands in der EU

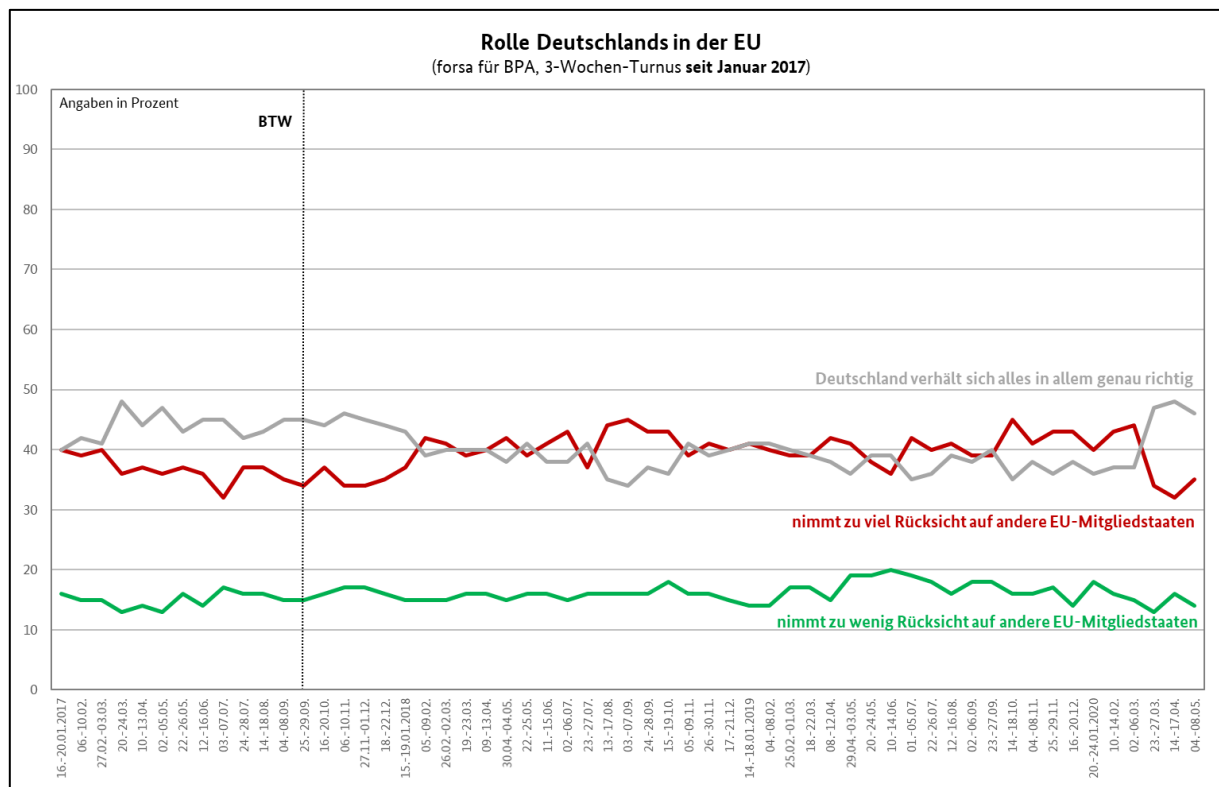
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	35 (+3)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	14 (-2)
verhält sich alles in allem genau richtig	46 (-2)
Erhebungszeitraum	04.-08.05.

45- bis 59-Jährige und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (jew. 42 %) sowie Anhänger der AfD (78 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Hingegen sind Anhänger der Linkspartei (43 %) besonders oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Union, der Grünen (jew. 58 %) und der SPD (56 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	80 (-1)
Allgemeine Wirtschaftslage	14 (-2)
Ausgangs- und Kontaktsperre	8 (-3)
Schulpolitik, Situation an Schulen	4 (-)
Erhebungszeitraum	11.-13.05.

Weiterhin beschäftigen sich die meisten Bundesbürger vorwiegend mit dem Coronavirus.

